

Die internationale Friedenskonferenz zum "Haager Appell"

Autor(en): **Wilhelm, Dorothee**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **93 (1999)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-144174>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die internationale Friedenskonferenz zum «Haager Appell»

Im letzten Aprilheft hat Tobias Kästli an die Haager Friedenskonferenz 1899 erinnert und dabei auf die internationale Friedenskonferenz zum «Haager Appell 1999» im darauffolgenden Monat hingewiesen. Wir freuen uns, nun auch einen Bericht von dieser Konferenz veröffentlichen dürfen. Verfasserin ist Dorothee Wilhelm, Mitglied unserer Redaktionskommission und Mitarbeiterin der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit. Aus dem Bericht geht hervor, dass die UNO seit dem Kosovokrieg erst recht eine Hoffnungsträgerin für die Völkergemeinschaft ist und dass sich besonders hohe Erwartungen mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verbinden. Red.

Hundert Jahre nach der Haager Konferenz 1899

Unter dem Slogan: «Frieden ist ein Menschenrecht; es ist Zeit, den Krieg zu beenden», trafen sich mehr als 8000 Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft vom 11. bis 15. Mai in Den Haag.¹ Sie standen in der ausdrücklichen Tradition der Haager Konferenz von 1899, an welcher die Münchenerin *Margareta Selenka* den ersten Frauenappell für Frieden lanciert hatte. Die neue Konferenz vermochte genau hundert Jahre später Aktivistinnen und Aktivisten diverser Friedensbewegungen aus über hundert Ländern anzuziehen. Hinzu kam viel friedenspolitische Prominenz von der Friedensnobelpreisträgerin *Rigoberta Menchú* bis zu *Jody Williams*, deren Namen für den Erfolg der Kampagne gegen Antipersonenminen steht, und von *Kofi Annan* bis Erzbischof *Desmond Tutu*, um das gemeinsame Resultat der Konferenz, die Haager Agenda für Frieden und Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert, an die mächtigen Adressen zu bringen.²

«New diplomacy» – «neue Diplomatie» hiess eines der Leitworte an der internationalen Friedenskonferenz zum «Haager Appell». Es bedeutet, zivilgesellschaftliche Kräfte wie *Nichtregierungsorganisationen* mit möglichen Bündnispartnern, mit fortschrittlichen Regierungen sowie politi-

scher Prominenz direkt zusammenzubringen. Und so geschah es.

Die *Haager Agenda* reflektiert vier Hauptstränge der Konferenz unter den Überschriften «Wurzeln des Krieges / Kultur des Friedens», «Humanitäres Völkerrecht, Menschenrechte und ihre Institutionen», «Vorbeugung, Lösung und Veränderung gewaltsamer Konflikte» sowie schliesslich «Abrüstung und menschliche Sicherheit». Die *Präambel* setzt beim 20. Jahrhundert als dem blutigsten und kriegereichsten der Geschichte ein – weshalb es an der Zeit sei, das primäre Ziel der Vereinten Nationen umzusetzen, «nachfolgende Generationen vor der Geissel des Krieges zu bewahren».

Die UNO als Hoffnungsträgerin

Keineswegs zufällig betonte die Konferenz in zahlreichen Reden, Podiumsdiskussionen und schriftlichen Äusserungen sowie in den stehenden Ovationen für Kofi Annans Auftritt die Rolle der UNO als Hoffnungsträgerin für eine gewaltfreiere Zukunft der internationalen Gemeinschaft: Wurde doch die UNO aus der Erfahrung zweier Weltkriege mit dem Ziel gegründet, Konflikte zwischen ihren Mitgliedern künftig mit politischen statt militärischen Mitteln zu lösen – während heute die völkerrechtlichen Institutionen in den Bom-

bardements des Irak und Serbiens wie Kosovos durch die Nato die *schwerwiegendste Abwertung* ihrer Geschichte erfahren.

Die Versammelten teilten die Überzeugung, dass die UNO, nicht die Nato, internationale Konflikte angehen soll. Denn sie allein hat als *ultima ratio* – nicht als *prima ratio*! – die Legitimation, nach Ausschöpfung aller politischen Mittel auch bewaffnet in einen Krieg einzugreifen, sie allein kann auf der Basis des Völkerrechts Konflikte zivilisieren, indem sie Recht anwendet und nicht einfach Gegengewalt übt.

Am Krieg in Kosovo und Serbien, der in allen Veranstaltungen mehr oder weniger ausdrücklich präsent war, wurden realpolitische Konsequenzen dieses *Primats der Völkergemeinschaft* vor militärischen Interessenbündnissen diskutiert sowie der Handlungsspielraum der Nichtregierungsorganisationen ausgelotet. Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive zentral ist eine konsequent *antiethnische Perspektive*, die von den Zivilbevölkerungen in Kosovo und Serbien ausgeht. Sie unterscheidet aber auch die serbische Bevölkerung klar von der Politik des Milosevic-Regimes:

Schliesslich haben 1996/97 noch 1,5 Millionen Serbinnen und Serben gegen ihn demonstriert. *Zarana Papic* von der Belgrader Friedensorganisation «Frauen in Schwarz», die schon im Bosnien-Krieg durch ihre kontinuierlichen Aktivitäten gegen den Krieg und die Zivilcourage ihrer Aktivistinnen auffielen, antwortete in dieser politischen Perspektive auf die Frage: «Sind Sie Serbin?» schlicht mit: «Ich bin Soziologin!»

Selektive Aufmerksamkeit im Westen

Wie aber Forderungen adressieren, welche *Bündnisse* suchen? Die Teilnehmenden am Podium des Workshops «Frauen und Krieg» waren sich einig, dass es im Kosovo-Konflikt nicht an *internationalen Normen* gemangelt hat, sondern an der *Implementierung* dieser Normen. Vertreterinnen multiethnischer Netzwerke im ehemaligen Jugoslawien vertraten die Meinung, der Handlungsspielraum der Nichtregierungs-

organisationen (NGO) vor Beginn eines Krieges liege in der Möglichkeit, über ihre *Vernetzungen* rechtzeitig warnen zu können. Dem hielt eine Repräsentantin der Dachorganisation «Women living under muslim law» entgegen, dass *afghanische Frauenorganisationen* frühzeitig vor den Taliban gewarnt hätten, aber westliche Länder seien an deren Unterstützung nicht interessiert gewesen und auch keine internationale Frauen-NGO habe reagiert...

Die *Netze* können funktionieren. Aber sie müssen benutzt werden, die Botschaften sollten irgendwo ankommen und dort Konsequenzen auslösen. Aber es ist nicht leicht, mit den eigenen Netzwerken der *hegemonialen Medienpräsenz* etwas entgegenzusetzen – und die Bilder, die die Medien füllen, beherrschen auch die eigenen Köpfe.

Alle friedenspolitisch Engagierten wissen, dass in der Regel ein bis drei Kriege das Öffentliche Bewusstsein in den nicht-betroffenen Ländern erreichen, während über hundert andere *Kriege unsichtbar* bleiben. Hier erfahren auch die kriegführenden Parteien weniger Druck, und es mangelt an der Unterstützung zum zivilen Wiederaufbau. Ich gebe zu: Weder der Krieg in *Sierra Leone* noch der in *Liberia* hatten meine Aufmerksamkeit auch nur annähernd so erreicht wie der in Kosovo und Serbien, ich hatte nicht gewusst, dass im Krieg in *Angola* seit Jahresbeginn 780 000 Menschen zu Flüchtlingen geworden sind. Sie ist beschämend, die selektive Aufmerksamkeit im Westen.

Erwartungen an den Internationalen Strafgerichtshof

Eine Perspektive der Friedenskonferenz waren die laufenden weltweiten Kampagnen, die in der «*Hague-Agenda for Peace and Justice for the 21st century*» vorgestellt wurden, im Kontext von 50 handlungsleitenden Forderungen. Unter diesen Kampagnen finden sich jene für die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs, gegen den Einsatz von Kindersoldaten, für das Verbot von Antipersonen-Mi-

nen, für atomare Abrüstung und für eine internationale Aktion gegen Kleinwaffen.

Ich greife die Kampagne für den Internationalen Strafgerichtshof (International Criminal Court ICC) heraus, weil viele Hoffnungen der Konferenz auf ein 21. Jahrhundert in Frieden und Gerechtigkeit mit solchen unabhängigen, völkerrechtlich verbindlichen internationalen Institutionen verbunden sind. Als Teil der *feministischen Friedensbewegung* sind wir seit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien zudem zutiefst mit den Anliegen der Kriegsverbrechertribunale verbunden, durch deren Arbeit unter anderem *sexuelle Gewalt* öffentlich als *Kriegsverbrechen* bekannt wurde.

Der ICC hat, basierend auf dem Vertrag von Rom 1998, gegenüber den aktuellen Ad-hoc-Tribunalen zu Kriegsverbrechen in Rwanda und Kosovo die Kompetenz, auch solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit ahnden zu können, die in sogenannten Friedenszeiten begangen werden.

Die Bedeutung der Kriegsverbrechertribunale sowie des künftigen ICC für den *sozialen und politischen Wiederaufbau* ist kaum zu überschätzen: Die Unterscheidung von Recht und Unrecht und die Benennung von Kriegsverbrechen sowie individueller Verantwortung für sie ist eine wesentliche Voraussetzung, damit in einer Gesellschaft nach Kriegen wie in Rwanda und Bosnien so etwas wie ein neuer Boden von sozialem Vertrauen wachsen kann. Kofi Annan hob diese Rolle der Kriegsverbrechertribunale sowie der Wahrheitskommissionen hervor. Er sprach aber auch aus, dass «vollkommene Gerechtigkeit» nicht zu erwarten sei, auf der puren Gerechtigkeit zu beharren, würde vielmehr gewaltsame Konflikte verlängern. Zu deutsch: Die grössere Verantwortung für den sozialen Wiederaufbau scheint bei den Opfern zu liegen und ihrem Vermögen, nicht auf vollständiger Gerechtigkeit zu beharren.

Die Rolle der oder des «*Prosecutors*» war während der Verhandlungen des Vertrages für den ICC hart umkämpft, weil der Amtsinhaber oder die Amtsinhaberin von sich aus Untersuchungen einleiten und den Fall dem Sicherheitsrat unterbreiten kann.

Zwar bleibt es ein wichtiges Anliegen der Zivilgesellschaft, den Sicherheitsrat zu demokratisieren – aber diese zusätzliche Instanz eröffnet heute schon den politisch inopportunen Fällen eine Chance.

Eine Repräsentantin der Überlebenden von Rwanda vor dem Kriegsverbrechertribunal stellte allerdings klar, dass es nichts mit *Gerechtigkeit für die Opfer* zu tun hat, wenn die Tribunale ausschliesslich auf langfristige Gerechtigkeit setzen. Die Überlebenden brauchen jetzt sofort Unterstützung, um mit Traumatisierungen umgehen zu lernen, und sofort Medikamente. In Rwanda wurde nicht nur Vergewaltigung, sondern auch die Infektion mit AIDS als Waffe eingesetzt, die betroffenen Frauen aber sind bis heute fast ganz ohne Unterstützung geblieben.

Der ICC gilt gerade wegen des Krieges in Kosovo und Serbien als nötiger denn je. Die Versammlung forderte dringend, den Vertrag für den ICC sofort umzusetzen und anzuwenden. Auch die Institutionen des internationalen Rechts liegen nicht ausserhalb der gewöhnlichen internationalen Kräfteverhältnisse. Aber sie enthalten Elemente, die über diese Verhältnisse hinausreichen können. Die Trägerinnen und Träger der Kampagne nannten den ICC «ein Versprechen von etwas, das stärker ist als Gewalt, wert, darauf zu vertrauen» – eine unzweifelhaft *utopische Formulierung*, die über die tagesaktuelle Realpolitik hinausweist.

Realpolitisch, tagesaktuell und vor allem ganz und gar im Sinne der «neuen Diplomatie» handelte der Aktivist gegen Kleinwaffen *van der Bisen*, als er sich beim anwesenden niederländischen Ministerpräsidenten Kok bedankte, nicht wie andere NGO-Vertreter zu seiner Regierung gehen zu müssen, weil die seine schon anwesend sei – und wie sehr er sich freue, ab jetzt mit ihm im Geschäft zu sein...

1 Organisiert wurde der Haager Appell seit 1996 von: International Association of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA), International Peace Bureau, Genf, und International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) sowie World Federalist Movement (WFM).

2 Der vollständige Text findet sich auf dem Internet unter www.haguepeace.org.